

Ausführungen zum städtischen Haushalt von Kämmerer Jörg Leonhardt

Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Multiple Krisen sind das neue Normal.** So oder so ähnlich könnte man die Umstände und Ergebnisse der diesjährigen Haushaltsplanaufstellung beschreiben.

Kommen wir zunächst zum **Haushaltsvolumen**. Dieses hat sich gegenüber dem ohnehin hohen Vorjahresniveau nochmals deutlich erhöht und zwar im Ergebnishaushalt um rund 3,9 Millionen Euro auf rund 52 Millionen Euro und im Finanzhaushalt um rund 4 Millionen Euro auf rund 63,9 Millionen Euro. Bereits an dieser Stelle ist auch wieder das seit der Doppikumstellung fast schon obligatorische Brackenheimers Doppelminus – negativer Ergebnis- und negativer Gesamtliquiditätssaldo erkennbar.

Es gibt aber auch gute Neuigkeiten. Im Jahr 2023 kann auf Planungsebene erstmals seit zwei Jahren wieder ein **positiver Zahlungsmittelsaldo im Ergebnishaushalt** verzeichnet werden. Dieser liegt mit rund 1,4 Millionen Euro sogar um rund 200.000 Euro höher als bei der letztjährigen Finanzplanung noch angenommen.

Weiterhin nicht besonders rosig sieht hingegen die Situation auf **Ressourcenverbrauchsebene** aus. Zwar hat sich das Defizit im Ergebnishaushalt gegenüber dem Vorjahr um rund eine Million Euro reduziert. Es beträgt aber immer noch stolze 3,5 Millionen Euro.

Beim **Vergleich mit der letztjährigen Finanzplanung** für dieses Jahr wird die Ernüchterung noch etwas größer, hat sich das Defizit gegenüber den damaligen Annahmen doch nochmals um rund 400.000 Euro erhöht.

Angesichts dieser Zahlen stellt sich natürlich die Frage, wie diese Entwicklung zu erklären ist. Im Wesentlichen gibt es zwei Hauptursachen: die hohe Inflationsrate sowie Bewertungskorrekturen im Rahmen der Eröffnungsbilanzherstellung, die zu höheren Nettoabschreibungen führen.

Betrachten wir zunächst die **Ertragsseite** und freuen uns über die positiven Wirkungen der Inflation, nämlich sprudelnde Steuereinnahmen. Diese zeigen sich insbesondere bei der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und beim Familienleistungsausgleich. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs profitiert die Stadt Brackenheim auch zu einem gewissen Grad von den sprudelnden Steuereinnahmen auf Landesebene und dem Wegfall der Gewerbesteuer-Kompensationszahlung, welche für die aty-

pisch hohe Steuerkraft im Vorjahr primär verantwortlich war. Hauptursache für die deutlich höheren Schlüsselzuweisungen ist aber die gegenüber dem Vorjahr sprunghaft angestiegene Einwohnerzahl – plus 344 Einwohner. Zum Vergleich – dies entspricht zwei Dritteln der Bevölkerung unseres Stadtteils Haberschlacht. Dies ist **nicht** in erster Linie auf ein organisches Bevölkerungswachstum, sondern vielmehr auf die hohen Flüchtlingszahlen zurückzuführen. Mit anderen Worten: Die Einwohnerzahl könnte in Zukunft genauso sprunghaft wieder absinken, was sich negativ auf die Zuweisungen im Finanzausgleich auswirken würde. Die bereits angesprochenen Bewertungskorrekturen betreffen primär den Straßen- und Feuerwehrbereich und führen nicht nur zu höheren Abschreibungen, sondern auch zu höheren Auflösungserträgen aus Zuweisungen und Beiträgen.

Kommen wir nun zu der Aufwandsseite und zu den negativen Auswirkungen der Inflation. Diese betreffen insbesondere den **Personalaufwand** sowie die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**. Ersteren haben wir mit einer jährlichen Steigerungsrate von 4 Prozentpunkten kalkuliert. Dies sind 1,5 Prozentpunkte mehr als in der letztjährigen Finanzplanung vorgesehen. Ob dies angesichts eine Gewerkschaftsforderung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro, ausreichen wird, bleibt abzuwarten. Bei allem berechtigten Interesse der Beschäftigten an einem Inflationsausgleich wäre ein derartiger Abschluss für uns und viele andere Kommunen aber nur schwer verkraftbar.

Hart treffen uns bereits heute die hohen Energiebezugskosten. Während sich die Einkaufspreise für Heizöl und Pellets bereits im Vorjahr verdoppelt haben, hat sich in den ab diesem Jahr gültigen neuen Stromlieferungsverträgen der Arbeitspreis um das Acht- bis Zehnfache erhöht. Die Tariflöhne für Fremdreinigung sind aufgrund der neuen Mindestlohnhöhe sowie der allgemeinen Tarifsteigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 14 Prozent angestiegen.

Neben den bereits angesprochenen Bewertungskorrekturen lassen auch die Einbauten im angemieteten Krankenhausareal den **Abschreibungsaufwand** sprunghaft ansteigen. Diese dürfen nämlich als sogenannte Mietereinbauten nur über einen relativ kurzen Zeitraum abgeschrieben werden. Letztlich führt auch die Inflationsrate zu höheren Abschreibungen, in dem sie die Baukosten verteuert, welche wiederum als Abschreibungsbasis fungieren.

Im Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass im – Gegensatz zum Vorjahr – die Aufwandsseite wieder schneller als die Ertragsseite wächst.

Was aus dieser Situation politisch zu schlussfolgern ist und in welchen Bereichen die Schwerpunkte des diesjährigen Haushaltsplans liegen, wird Ihnen nun unser Bürgermeister näher erläutern.

Ausführungen zur Finanzplanung

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, dass im gesamten Finanzplanungszeitraum kein positives Jahresergebnis zu erwarten ist. Vielmehr werden aus heutiger Sicht Defizite zwischen 3,7 Millionen Euro und 2,4 Millionen Euro entstehen. Dies lässt sich zusammengefasst wie folgt erklären:

Aufgrund der Herbststeuerschätzung 2022 ist zwar im gesamten Finanzplanungszeitraum mit – insbesondere inflationsbedingt – deutlich steigenden Steuererträgen und – bis zum Jahr 2025 – auch höheren Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich – zu rechnen. Leider reichen diese aber nicht aus, um die Kehrseite der Inflation – das Aufwandswachstum insbesondere im Personal-, Dienstleistungs- und Energiebereich – zu decken. Ferner hat der Landkreis aufgrund seiner anstehenden Großinvestitionen in den kommenden Jahren einen erhöhten Finanzbedarf, was sich auch in der Höhe des Kreisumlagehebesatzes und damit der Umlagenbelastung bemerkbar machen wird. Zu guter Letzt werden durch die Inbetriebnahme weiterer Betreuungseinrichtungen (Naturkindergarten) bzw. -gruppen (Kindertagesstätte Hausen, provisorische Kindertagesstätte Krankenhausareal) nochmals deutlich höhere Personal- und Sachaufwendungen entstehen.

Ganz allgemein ist es für die steuerschwache Stadt Brackenheim weiterhin eine große Herausforderung, die Nettoabschreibungen aus der umfangreichen Infrastruktur zu erwirtschaften. Dass dies bei optimalen Ablauf von Haushaltsjahren im Ergebnis gelingen könnte, legen die vorläufigen Rechnungsergebnisse der Vorjahre nahe. Dies sollte uns jedoch nicht zum Nichtstun veranlassen. Vielmehr müssen wir kontinuierlich und behutsam an der Bündelung von städtischen Infrastrukturleistungen arbeiten. Mit der Zusammenlegung von Feuerwehrabteilungen und -standorten – wenngleich primär aus anderer Motivation erfolgt – ist hier ein erster Schritt gemacht. Weitere (z.B. Sportplätze) müssen Folgen.

Erfreulich ist, dass im gesamten Finanzplanungszeitraum wieder deutliche Zahlungsmittelüberschüsse aus dem Ergebnishaushalt erzielt werden können. Dies erleichtert die Finanzierung des umfangreichen Investitionsprogramms. Der aktuell noch hohe Liquiditätsbestand der Stadt wird sich bereits Ende 2024 beinahe bis auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität reduziert haben und danach auch nicht mehr in größerem Umfang ansteigen.

Die „Baulandoffensive“ der Stadt Brackenheim ist mit einem hohen Vorfinanzierungsgrad und einer hohen Liquiditätsbindung verbunden. In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Wirtschaft und des (Bau-) Zinsniveaus muss hier jeweils sorgfältig abgewogen werden, welche Baugebiete wann und in welchem Umfang erschlossen und vermarktet werden. Ab dem Jahr 2025 hängt die Umsetzung des Investitionsprogramms maßgeblich von zeitnahen Liquiditätsrückflüssen aus dem Verkauf erschlossener Bauplätze ab. Auch bei der Festlegung der Bauplatzpreise wird es einen Abwägungsspagat zwischen den Zielen „günstiges Wohnen“ und „Stärkung der Kommunal Finanzen zur Bewältigung von (Folge-) Investitionen“ zu bewältigen geben.

Kreditaufnahmen sind weiterhin keine vorgesehen.

Die vielen erfreulichen Aspekte der Finanzplanung darf Ihnen nun Herr Csaszar vorstellen.

Ausführungen zum Wasserwerk

Meine sehr geehrten Damen und Herren – üblicherweise liegen die Problemlagen bei unserem Wasserwerk genau anders herum wie im Kernhaushalt. Dieses Jahr ist dies nicht der Fall und die Problemlagen sind gleich. Ursache hierfür sind die sprunghaft gestiegenen Energiepreise, die uns **unmittelbar** für unseren eigenen Strombezug und **mittelbar** über höhere Umlagen unseres Fremdwasserlieferanten Bodensee-Wasserversorgung treffen. Da diese Entwicklung bei der Neukalkulation der Wassergebühren für die Jahre 2022 bis 2024 nicht vorhersehbar war, kalkulierte Gebührensätze aber Bestand haben, entsteht im veranschlagten Ergebnis im Jahr 2023 ein geringer Verlust von 24.900 Euro und im Jahr 2024 lediglich eine schwarze Null. Dies hat **zwei Auswirkungen**: Dem Eigenbetrieb selbst fehlen liquide Eigenmittel für Investitionen und dem städtischen Kernhaushalt fehlen die Erträge aus der Konzessionsabgabe. Letztere darf nämlich nur bei Erreichen des Mindesthandelsbilanzgewinns ausgeschüttet werden.

Zwischen dem Investitionsprogramm im Kernhaushalt und dem im Eigenbetrieb gibt es naturgemäß große Überschneidungen. Da im Tiefbausektor der Stadt im Jahr 2023 kräftig investiert wird, wirkt sich dies auch auf das Wasserwerk aus. Hinzu kommen noch hohe eigenständige Investitionen des Eigenbetriebs. Zur Finanzierung der Investitionen des Jahres 2023 ist daher eine hohe Kreditaufnahme in Höhe von rund einer Million Euro notwendig. Auch in den Folgejahren sind aufgrund der geringen Eigenfinanzierungsmittel jeweils weitere Kreditaufnahmen notwendig, wobei im Jahr 2024 die mit Abstand höchste Kreditaufnahme seit Jahren geplant ist. Welche größeren Baumaßnahmen sind nun in den kommenden Jahren vorgesehen?

Kommen wir zunächst zu den Tiefbaumaßnahmen. Hier sind natürlich in erster Linie die Schießrainstraße sowie die Ortsdurchfahrt in Meimsheim zu nennen. Als eigenständige Maßnahme des Wasserwerks ist im Jahr 2024 auch die Erneuerung der Zubringerleitung zu den Aussiedlerhöfen im Rohracker in Dürrenzimmern vorgesehen. In den Jahren 2025 und 2026 sind als Merkposten 300.000 Euro bzw. 500.000 EUR für Tiefbaumaßnahmen vorgesehen. Um welche es sich tatsächlich handelt, wird das Straßenbauprogramm der Stadt für diese Jahre zeigen. Allee und Schlossstraße werden aber sicherlich dazugehören.

Um die Wasserversorgung der Stadt Brackenheim zukunftsfähig aufzustellen ist es notwendig, die Wasserbezugsmöglichkeiten zu erhöhen.

Nachdem ein entsprechender Antrag bei der Bodensee-Wasserversorgung auf absehbare Zeit nicht positiv beschieden werden wird, soll in diesem Jahr im Rahmen eines Bohr- und Pumpversuchs eruiert werden, ob in einer tieferen Gesteinsschicht auf dem Wasserwerksgelände in der Lauffener Schlinge eine zweite Grundwassererschließung möglich ist. Eine entsprechende Freigabe des Landratsamts Heilbronn liegt zwischenzeitlich vor. Sollten die Ergebnisse positiv ausfallen, wird dies entsprechende Folgeinvestitionen für den Brunnenbau und die Erweiterung der Trinkwasseraufbereitungs- und -enthärtungsanlage nach sich ziehen. Bereits in diesem Jahr soll das Wasserwerksgebäude mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet werden.

Angesichts des durchaus beachtlichen Investitionsvolumens des Wasserwerks wird sich der Schuldenstand bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums gegenüber dem Jahresendstand 2022 um rund 1,9 Millionen Euro erhöhen.

Zum Abschluss darf ich das Wort wieder an unseren Bürgermeister übergeben.